

**Das Ziel der Liberalen.**

In liberalen Kreisen hat man sich bis vor Kurzem noch auf das Entschiedenste dagegen verwahrt, daß man nach einer parlamentarischen Parteiregierung strebe. Noch in einer der letzten Sitzungen des Reichstages wurde von gemäßigter Seite sogar auf die Unmöglichkeit einer Parteiregierung wie in England hingewiesen, und als vor Jahr und Tag an dieser Stelle als das eigentliche, wenn auch vielleicht nicht Allen bewußte Ziel des Kampfes gegen das Ministerium Bismarck »die Inthronisirung der Herren Richter, Stauffenberg und Rickert« bezeichnet wurde, da wurde nicht nur dieser Ausdruck von allen Liberalen angefochten, sondern auch das Streben nach einem Verdrängen des Ministeriums Bismarck und nach einer Ersetzung desselben durch liberale Parteiführer entschieden in Abrede gestellt und als Verdächtigung zurückgewiesen.

Heute wird dies nach der Rede, welche der Abg. Hänel jüngst in Schleswig-Holstein in einer Parteiversammlung gehalten, nicht mehr möglich sein. Nach dieser Kundgebung »will und soll der Liberalismus zur Herrschaft gelangen, den maßgebenden Einfluß gewinnen und wenn es die Dinge fügen, die Regierung selber in konstitutioneller Weise leiten.« Weiter wird für die Herren von Bennigsen, von Stauffenberg und von Forckenbeck das Regiment in Anspruch genommen und ihnen die Nachfolge wenigstens desjenigen Theils der Fortschrittspartei in Aussicht gestellt, welcher die Gesinnungen des betreffenden Redners theilt.

Der Beifall, den diese Rede in den Reihen der Liberalen gefunden, zeigt, daß es sich hier nicht um eine vereinzelte Auffassung handelt, sondern daß in der That hiermit das eigentliche Ziel offen hingestellt ist, welches die gemeinsamen Liberalen durch die Wahlen zu erreichen hoffen. Zwar hat man von anderer Seite lediglich die »Bekämpfung der angeblichen Clerikal-konservativen Koalition« als Ziel der Liberalen hingestellt und ihre Einigung gerade zu diesem Zweck proklamirt. Aber hierin ist nur, wie dies auch von einem Berliner fortschrittlichen Blatte zugegeben wurde, die negative Seite der Einigungspolitik der Liberalen zu erblicken. Das positive Ziel derselben geht darauf hinaus, die Herrschaft zu gewinnen und die Leitung der Regierung in die Hand zu bekommen. Hiermit ist zugleich der Gegensatz zwischen den Liberalen und ihren Gegnern gegeben: dort die Erhöhung der Macht des Parlaments und die parlamentarische Herrschaft, hier die Stärkung und ungeschmälerter Erhaltung des Königthums und der Rechte der Krone.

Mag man auch auf liberaler Seite sich gegen diese Auffassung verwahren, das Streben nach Herrschaft der Liberalen und nach Leitung der Regierung ist ein Kampf gegen die von der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November vorigen Jahres festgestellte Reformpolitik und steht im Widerspruch mit dem königlichen Erlaß vom 4. Januar d. J., worin der König sein Recht wahrte, »die Regierung und die Politik Preußens nach Eigenem Ermessen zu leiten.« Wenn liberalerseits diese Reformpolitik bekämpft und eine Umgestaltung der Regierung herbeizuführen gesucht wird, so liegt hierin das Streben, die Macht des Parlaments auf Kosten des Königthums zu erhöhen und die Rechte des Königs bezüglich der Leitung der Regierung und der Politik einzuschränken.

Man hat in einem liberalen Blatte an das Gewissen des preussischen Volks appellirt, in der Meinung, daß dasselbe die Herrschaftsbestrebungen der Liberalen begünstigen müsse. Entweder irrt man sich in der Adresse, oder man giebt sich einer groben Täuschung über die Wirkung dieses Appells hin. Das Gewissen des preussischen Volks warnt vielmehr, auf Grund der Erfahrungen der Geschichte, sehr eindringlich vor einer Verwirklichung der Ideen des Liberalismus und vor den Bestrebungen nach

Stärkung der parlamentarischen Macht, und ebenso eindringlich spricht es für die volle und ungeschmälerter Erhaltung des Wesens des Königthums, dem Preußen und Deutschland allein die großen Erfolge verdanken, deren wir uns heute erfreuen und deren Besitz wir allein durch Eintracht und vertrauensvolles Zusammenwirken mit der Krone uns erhalten können. In der That ist es wünschenswerth, daß das Gewissen des preussischen Volks sich jetzt Gehör verschaffe: dasselbe kann, wie wir überzeugt sind, nicht anders, als das von den Liberalen offen bekannte Ziel verurtheilen, welches auf die Einschränkung der bestehenden Rechte des Königthums und auf die Einführung der parlamentarischen Regierung hinauslaufen muß.

**Die Vertretung der wirthschaftlichen Interessen.**

Die Lehre von der natürlichen Harmonie der wirthschaftlichen Interessen und von der durch die schrankenlos freie Bewegung der Konkurrenz zu erzielenden Regulirung derselben ist durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte so vollständig widerlegt worden, daß die Verkündiger dieser Theorie sich mit der Rolle von Predigern in der Wüste begnügen müssen. Die Nothwendigkeit, der auf großgewerblichem Gebiet hervorgetretenen grellen Dissonanzen zwischen den Interessengruppen der Arbeitgeber und Arbeiter auf gesetzgeberischem Wege zu einer wenigstens annähernden Harmonie zu verhelfen, ist bekanntlich im Vaterlande der »freien Wettbewerbung« zuerst anerkannt worden. In der Folge ist die Ueberzeugung, daß die natürliche Harmonie der Interessen ein bloßes Spiel mit Worten ist und daß die Herstellung dieser Harmonie eine der wichtigsten Aufgaben des Staates bildet, bei allen Kulturvölkern die herrschende geworden.

Deutschland, dessen Beruf es von je gewesen ist, die die Zeit bewegenden Gedanken in selbständiger Weise zu verarbeiten und zu vertiefen, — Deutschland hat sich der Nothwendigkeit einer staatlichen Theilnahme an der Lösung der wirthschaftlichen und der mit dieser eng zusammenhängenden sozialen Aufgaben um so weniger entziehen können, als es gleichzeitig eine politische und eine tiefgehende ökonomische Umgestaltung durchzumachen gehabt hatte. Hier wie dort galt es die Aufrichtung von Organisationen, welche eine dem Zeitbedürfnis entsprechende einheitliche Förderung der nationalen Ziele ermöglichte.

Das Ergebnis des »freien Spiels der Kräfte« auf dem gewerblichen Gebiete braucht an dieser Stelle nicht erörtert zu werden, bildet dasselbe doch den Inhalt der größten Frage der Zeit. Rückfichtlich des Verhältnisses zwischen den drei Hauptgebieten der Produktion, der Landwirthschaft, des Gewerbes und des Handels war der Gang der Entwicklung dieser gewesen, daß die zur Wahrnehmung der speziellen Interessen jedes dieser Gebiete geschaffenen Organe eben nur diese Interessen wahrnahmen, daß dabei im Einzelnen vielfach Ersprießliches geleistet wurde, daß das von der »natürlichen Harmonie der Interessen« verbürgte Zusammentreffen an einem gemeinsamen Punkte dagegen vollständig ausgeblieben war. Heute greift in immer weiteren Kreisen die Vorstellung Platz, die Interessen des einen Produktionszweiges könnten überhaupt nur auf Unkosten der beiden anderen zur Geltung gebracht werden.

Hier vermittelnd und versöhnend einzutreten ist eine unabweisliche Aufgabe der Regierung gewesen. In ersprießlicher Weise kann dieselbe nur gelöst werden, wenn die Organe der einzelnen wirthschaftlichen Gebiete ihrer Isolirung entrückt und dadurch in die Lage gebracht werden, an der Berathung und Förderung der gemeinsamen Bedürfnisse des Wirthschaftslebens in ähnlicher Weise Theil zu nehmen, wie das rückfichtlich der speziellen Interessen bereits früher der Fall gewesen war.

Diesem Gedanken ist das Institut des Volkswirtschafts-